

Bischöfliches Ordinariat • Postfach 1355 • 65533 Limburg

An die Beauftragte der Bundesregierung  
für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe  
Frau Dr. Bärbel Kofler  
Auswärtiges Amt

11013 Berlin

Email: [menschenrechtsbeauftragte@auswaertiges-amt.de](mailto:menschenrechtsbeauftragte@auswaertiges-amt.de)

Fax: 030 1817 51000

Diözesanversammlung

Das Präsidium der  
Diözesanversammlung

Aktenzeichen  
357W/58087/18/07/1

Limburg  
8. Juni 2018

## Anglophone Krise in Kamerun

Sehr geehrte Frau Dr. Kofler,

das Bistum Limburg ist seit vielen Jahren der katholischen Kirche in Kamerun eng verbunden. Die seit über 30 Jahren bestehende Partnerschaft der Bistümer Kumbo (Nordwestprovinz) und Limburg gibt uns einen lebendigen Eindruck über die Entwicklungen im Land, insbesondere in der Region der Nordwestprovinz. Das Präsidium der Diözesanversammlung (d.i. die gewählte Vertretung aller Katholikinnen und Katholiken des Bistums Limburg) hat sich mit der aktuellen Lage intensiv befasst und wendet sich mit diesem offenen Brief an Sie.

Gegenwärtig stellt die anglophone Krise des Landes die Menschen und die katholische Kirche vor besondere Herausforderungen, die wir mit wachsender Sorge verfolgen. Anfang Mai 2018 hat eine vom Bischof von Limburg beauftragte Delegation im Krisengebiet die Bistümer Mamfe, Bamenda und Kumbo bereist und mit den Ortsbischöfen, den Vertretern der Kommissionen für Justice and Peace und Menschen, die von der Gewalt und Brandschatzung betroffen sind, sprechen können. Der Deutschen Botschaft in Yaoundé wurde anschließend Bericht erstattet.

In den wenigen Wochen nach dieser Reise erreichen uns immer wieder Nachrichten und Dokumente, die belegen, dass die Eskalation der Gewalt weiter voranschreitet und der Konflikt immer neue Nahrung erhält. Hierzu gehören beispielsweise das Massaker an 30 jungen Menschen im Dorf Menka-Pinyin am 25. Mai und die Zerstörung ganzer Dörfer in der Südwestprovinz. Die Flucht der verängstigten, zum Teil traumatisierten Bevölkerung „in den Busch“, wie es stets heißt, kennzeichnet eine humanitäre Katastrophe, weil den Menschen dort keine Möglichkeiten der Nahrungsversorgung zur Verfügung stehen. Von Nahrungsmittel Helfern wissen wir, dass ihre Tätigkeit unter dem Risiko der eigenen Ermordung durch die Armee stattfindet. Dies weist auf eine Strategie des Aushungerns und der Vertreibung der anglophonen Bevölkerung hin. Die katholischen Bischöfe des anglophonen Kameruns haben bereits im Oktober mit dem Zitat Kofi Annans auf einen denkbaren Genozid verwiesen: *„A genocide begins with the killing of one man – not for what he had done – but for who he is“*. Die Zahl der Flüchtlinge „im Busch“ ist mit 160.000 (Caritas International) vorsichtig geschätzt, real wird sie wesentlich höher sein, jenseits der nigerianischen Grenze werden in Camps ca. 40.000 weitere Flüchtlinge aufgenommen und versorgt.

All diese Ereignisse werden nicht nur in Kamerun von den Medien verschwiegen, sondern auch in der Weltpresse. Vor diesem Hintergrund wenden wir uns in größter Sorge an Sie als Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe und bitten Sie dringend darum, alle denkbaren Möglichkeiten der Einflussnahme in diesem öffentlich kaum bekannten Konflikt auszuschöpfen. Im Mittelpunkt müssen eine Beendigung des Mordens von Seiten beider Konfliktparteien und die Wiederherstellung von Rahmenbedingungen eines Lebens in Würde für die Bevölkerung

stehen. Aufgrund der Entwicklung der letzten Wochen und der bevorstehenden Wahlen im Herbst 2018 befürchten wir, genauso wie unsere Partner, leider eine weitere Eskalation, wenn nicht von außen wirkungsvoll interveniert wird.

Wir möchten Ihnen vorschlagen, insbesondere folgende Möglichkeiten des Handelns zu bedenken:

- Die Bundesregierung möge sich dafür einsetzen, dass alsbald ein UN-Sonderbeauftragter in das anglophone Kamerun entsandt wird, der die Situationen der Bevölkerung, insbesondere Geflüchteten, die Gewaltakte und Zerstörungen dokumentiert und die Vorgänge recherchiert, damit diese in den Prozess einer politischen Lösungssuche, aber auch einer späteren Verfolgung der Täter eingebracht werden. Ohne eine Aufarbeitung dieser Akte wird auch langfristig Gerechtigkeit nicht einkehren können.
- Die Bundesregierung möge auf Staatspräsident Paul Biya einwirken, dass dieser die Bereitschaft gewinnt, seinerseits einen Gewaltverzicht auszusprechen und in einen Dialog mit Vertretern des anglophonen Kameruns zur Lösung des Konfliktes einzutreten. Partner in Kamerun monieren, der Staatspräsident bezeichne alle Anglophonen kollektiv als Terroristen, mit denen er nicht spreche; im Norden verhandelt er jedoch mit nigerianischen Boko Haram.
- Die Bundesregierung möge die Staatsregierung Frankreichs, das starke wirtschaftliche und politische Interessen in Kamerun unterhält, bewegen und für eine Intervention auf Staatspräsident Paul Biya gewinnen, die den Respekt der Menschenrechte anmahnt, einen Waffenstillstand herbeiführt und die Tür zu einem Dialog öffnet. Die Achse Berlin-Paris ist in Europa eine starke Achse, die wirkungsvolle Initiativen zu starten vermag.
- Die Bundesregierung möge nach konkreten Möglichkeiten der Vermittlung zwischen den Konfliktparteien suchen und diese fördern. Mehrere Repräsentanten der Abspaltungsbewegung von Ambazonien leben in Deutschland und haben ihre Bereitschaft artikuliert, die Gewalt einzustellen, wenn der Staatspräsident sich auf einen Dialog über die Grundfragen des Konfliktes einlässt.

Im Bistum Limburg teilen wir die Sorge der Nationalen Bischofskonferenz Kameruns um einen bevorstehenden Bürgerkrieg. Das Bistum Limburg wird in seiner Verbundenheit mit den Menschen im anglophonen Kamerun die Entwicklung der Lage im Land weiter aufmerksam begleiten und darüber hinaus Ansätze der Linderung der Not und der Befriedung der Konfliktlage suchen und fördern.

Wir bitten Sie nachdrücklich, der Konfliktlösung in Kamerun den nötigen Stellenwert beizumessen und Maßnahmen zu ergreifen, bevor weitere Opfer und Taten der Gewalt zu beklagen sind. Auf diesem Weg dürfen Sie sich unserer Unterstützung und Mitwirkung gewiss sein.

Mit freundlichen Grüßen



Für das Präsidium der 13. Diözesanversammlung  
Ingeborg Schillai, Präsidentin der 13. Diözesanversammlung